

Wahlkampfveranstaltungen in Sicherheit zu wiegen. Denn die Teilnehmenden sind nicht zwingenderweise WählerInnen und auch nicht unbedingt Parteimitglieder. In den ländlichen Gebieten ist die Opposition nicht verankert, ihre Hochburg sind traditionellerweise die städtischen Gebiete. Weiter haben es die Oppositionsparteien in ihrer Schwäche und aufgrund fehlender Mittel nicht nur versäumt, landesweite Strukturen aufzubauen, sondern sie haben es auch versäumt, Wahlbeobachter auszubilden. Diese hätten helfen können, die Wahlen in allen 9'760 Wahlbüros zu überwachen und Wahlmanipulationen zu verhindern.

Auch wenn Präsident Mnangagwa freie und faire Wahlen verspricht, muss er erst noch beweisen, wie er dies erreichen will. Seine Regierung hat die repressiven Gesetze wie den Public Order and Security Act, oder den Access to Information and Protection of Privacy Act weder aufgehoben noch abgeändert. Beide Gesetze wurden in der Vergangenheit herangezogen, um friedfertige Demonstrierende zu verhaften und um kritische Medien zu zensurieren. Hinzu kommt, dass die staatlichen Sicherheitskräfte, allen voran das Militär, sich während Jahren in die nationale Politik und in die Wahlen einmischten. Dazu gehören auch die Ausübung von Gewalt, sowie Tötung und Folter von Mitgliedern der Opposition. Zimbabwe sollte das Militär und die Politik voneinander trennen und Soldaten davon abhalten, Wähler einzuschüchtern und zu verletzen. Auch die Polizei muss endlich verstehen, dass sie professionell und unparteiisch zu handeln hat. Es bleibt festzuhalten, dass auch das Wahlverfahren uneinheitlich und stark zugunsten der Zanu-PF ausgestaltet ist.

Seit dem Militärputsch im November letzten Jahres hat sich die Armee in der Regierung und in der Wahlkommission eingenistet. Der Kommandant, der den Putsch

anführte, General Constantino Chiwenga, ist Vizepräsident. Generalmajor S. B. Mojo, der den Putsch bekanntgab, ist Aussenminister. Generalleutnant Perence Shiri, der Befehlshaber der Luftwaffe, ist Landwirtschaftsminister. Mehrere Beobachter haben bereits wiederholt festgestellt, dass es unwahrscheinlich ist, dass das bereits so tief in der Regierung verankerte Militär bereit sei, die Macht innerhalb einiger Monate wieder zu abzugeben.

Die MDC-Allianz veröffentlichte ein Communiqué, in welchem sie ankündigte, sich für eine Reform des Wahlrechts starkzumachen. Der der Regierung einge-reichte *Plan and Environment for a Credible Election in Zimbabwe* (PEACE) beinhaltet Punkte zur Rolle des Militärs bei den Wahlen, zur Unabhängigkeit der Wahlkommission (40% der Mitglieder sind entweder aktive oder ehemalige Militärangehörige) und verlangt eine unparteiliche, freie und gleiche Berücksichtigung aller an den Wahlen teilnehmenden Parteien durch den öffentlichen Rundfunk und Reformen des Wahlgesetzes.

Eine andauernde Schwäche der Opposition – abgesehen vom Fehlen einer einheitlichen Front – ist das Fehlen von Mechanismen, die es erlauben, dauerhaft Druck auf die Regierung auszuüben, um die für die Durchführung freier und fairer Wahlen notwendigen Reformen durchsetzen zu können. Die Wahrscheinlichkeit, dass die kommenden Wahlen in Zimbabwe ohne die dringenden notwendigen Wahlreformen und in einem Zanu-PF bevorzugenden Umfeld und mit einer Opposition, die hofft, wider alle Erwartungen zu siegen, stattfinden werden, ist gross.

(17 April 2018. Dewa Mavhinga (LLM Essex) ist Experte für Menschenrechte und forscht über Zimbabwe und das südliche Afrika. Übersetzung Nora Baud.)

Wie wird aus einer Romanze zwischen Militärs und Volk eine Entwicklung für alle? – Die Zivilgesellschaft im neuen Zimbabwe

Marcel Dreier

Der Artikel basiert auf Gesprächen mit Darlington Muyambwa (32), der seit 2017 beim Jugendnetzwerk Youth Empowerment and Transformation Trust YETT als Fachreferent im Bereich Jugendpartizipation arbeitet. YETT ist ein nationales Netzwerk von 33 Jugendorganisationen, das in der Krise der 2000er Jahre unter Mitwirkung von HEKS, SMB und fepa gestartet wurde, um die Teilhabe von Jugendlichen am Entwicklungsprozess zu stärken. Seither spielt YETT eine wichtige Rolle in der zimbabwischen Zivilgesellschaft. Zusammen mit der Vereinigung Schweiz- Zimbabwe und HEKS hat fepa Darlington Muyambwa für einen Besuch in der Schweiz eingeladen, damit er die Anliegen der Zivilgesellschaft in die Schweiz tragen kann: Was sind die brennendsten Fragen für die Entwicklung Zimbabwes? Welche Rolle können und wollen die Organisationen der Zivilgesellschaft darin spielen? Wie steht es um die Demokratie und was bringen die anstehenden Wahlen? Und wie sieht Muyambwa die Rolle der Staatengemeinschaft zur Unterstützung dieser Prozesse?

Der Umbruch im November 2017 war ein Erfolg für die Militärs. Sie sehen sich nach ihrer Operation „restoring legacy“ erneut als Befreier des Landes. Es ist ihnen gelungen, einen Coup zu landen, der international akzeptiert wurde, und dies nicht zuletzt, weil sich die Menschen in Zimbabwe bedingungslos hinter die Absetzung von Mugabe aus dem Amt stellten. Seither

benutzen der Präsident E.D. Mnangagwa und die in die Regierung eingezogenen Ex-Militärs jene Kernbotschaften, welche die Zivilgesellschaft während der letzten Dekaden geprägt hatten: Sie sprechen von Bürgerrechten und fairen Wahlen, ökonomischem Aufschwung und von der Öffnung gegenüber der Weltgemeinschaft. Das ist vielleicht kein Zufall, sondern ein Hinweis darauf, dass der Umbruch nicht nur ein Erfolg für die Militärs und Mnangagwa ist, sondern dass auch die Zivilgesellschaft einen grossen Anteil daran hat, dass sich die Transformation in Zimbabwe in diese Richtung entwickelt hat.

Nun stehen die Vertreter dieser Zivilgesellschaft aber vor einer schwierigen Aufgabe: Sie wollen sicherstellen, dass alle Menschen in Zimbabwe vom Aufbruch profitieren und dass die Versprechen der Regierung nicht bloss rosarote Nebelwolken bleiben, welche die Plünderung der Ressourcen Zimbabwes kaschieren. Und diese Plünderung könnte neu nicht nur mit Hilfe des chinesischen, sondern auch des globalen Kapitals passieren. Im Moment scheint es den Militärs, die sich in erster Linie aufs Kommandieren verstehen, zumeist noch zu gefallen, wie es sich anfühlt, wenn man mit und zu den Menschen spricht. Die Romanze von Militär und Volk, die Brian Raftopoulos kürzlich in Basel erwähnte, scheint noch gegenseitig. Doch die Männer an der Spitze Zimbabwes sind in den letzten Jahrzehnten unverschämt reich geworden, sie gehören vielleicht zu

den reichsten ZimbabweInnen. Sie sind so reich, dass sie im bevorstehenden Wahlkampf wohl ihre Wahlkämpfe aus der privaten Schatulle bezahlen können. Soviel Unabhängigkeit und Macht alter Männer ist vielleicht keine gute Voraussetzung für eine glückliche Beziehung.

Darlington Muyambwa sieht darum die grösste Aufgabe darin, die jungen Menschen – und die Menschen Zimbabwe ganz allgemein – fit zu machen, damit sie von den Regierenden Rechenschaft und Transparenz einverlangen können. Und dies auch in den fünf Jahren nach den nächsten Wahlen.

Zimbabwe vor den Wahlen

Niemand zweifelt im Moment daran, dass diesen Sommer Wahlen stattfinden. E.D. Mnangagwa verspricht freie und faire und gewaltlose Wahlen. Es sieht fast so aus, als hätte die Opposition im Moment ein grösseres Problem, ihren Wahlkampf gewaltfrei zu halten, als die ZANU PF, die jahrelang die Wahlen mit Gewalt führte. Die Opposition ist zersplittert und von inneren Machtkämpfen zerrüttet und ihr Programm wird von vielen, auch von vielen Jungen, als nebulös und populistisch gesehen.

Während die Regierungspartei noch auf der Erfolgswelle reitet, die sie mit der Absetzung Mugabes und einer Reihe von Reformen ausgelöst hat, spricht für ihren Sieg auch weiterhin die Furcht vor der Destabilisierung im Falle einer Niederlage. Diesen negativen Frieden halten die Militärs bewusst am Leben: Ihre Ansage aus dem Umfeld der Wahlen 2008, dass sie keinem Präsidenten folgen würden, der nicht selber im Chimurenga (Befreiungskampf) dabei war, haben sie noch nicht widerrufen. Und die Stimmbevölkerung ist auch noch nicht überzeugt, dass Einschüchterung und Wahlfälschung definitiv Vergangenheit sind. Nicht nur Muyambwa, sondern alle Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die wir hören, betonen darum die Bedeutung nicht nur von Wahlbeobachtung, sondern von aktiven Aufklärungskampagnen über die rechtmässigen Abläufe der Wahl. Ebenso wie die vielen mehr oder weniger subtilen Formen von Stimmenkauf, verzerren auch fehlende Informationen über das Wahlprozedere die freie Meinungsäusserung bei der Bevölkerung besonders in den ländlichen Gebieten.

Vielleicht stimmt es, dass es für viele BürgerInnen angesichts der aktuellen Situation wichtiger ist, in einem Staat zu leben, der es möglich macht, Essen auf dem Tisch zu haben und sein Geld von der Bank abheben zu können, als dass er das Recht auf freie Meinungsäusserung auf Facebook dauerhaft sichert. Oder dass sich die jungen Menschen ganz darauf fokussieren, dass sie Jobs haben oder Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Kleinunternehmen aufbauen wollen. Die ZimbabweInnen haben sehr wohl festgestellt, dass diese neue Regierung Bereitschaft zeigt, auf ihre Forderungen einzugehen. Aber die Zeit ist knapp für die neue Regierung, um hier noch ein paar echte Fortschritte zu erzielen. Es dürfte deshalb viel davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, die Wirtschafts- und Bargeldkrise rasch in den Griff zu kriegen. Die ZANU PF steht gewaltig unter Druck.

Dabei kann sie aber die BürgerInnen nicht noch mehr auspressen. Ein grosser Teil der Steuerlast liegt schon heute auf den Schultern von immer weniger Menschen in formellen Arbeitsverhältnissen, welche für ihre Steuern immer weniger Dienstleistungen vom Staat erhalten. Diese Leute, zu denen übrigens auch Darlington Muyambwa als Angestellter eine NGO gehört, organi-

sieren sich in parteiunabhängigen Nachbarschafts- und Steuerzahlerunionen. Auch die ArbeitnehmerInnen im Staatsdienst beanspruchen einen Teil des Kuchens. Dass Ex-General Chiwenga, jetzt Vizepräsident Zimbabwe, beim Streik der Krankenschwestern handstreichartig einige Tausend entlassen hat, ohne dazu berechtigt zu sein, hat System. Die schwere Hand der Männer, die sich gewohnt sind, zu entscheiden, was gut ist für andere, rutschte hier mal wieder aus. Der Entscheid wurde zwar schnell korrigiert und in rechtmässige Bahnen gelenkt. Dennoch bleibt der Eindruck, dass «Unterdrückung» die Standardeinstellung ist für diese Regierung und dass also, sobald etwas falsch läuft, diese Standardeinstellung zum Tragen kommt.

Der Entwicklungsstaat und die Demokratie

Zunächst einmal propagiert die Regierung aber einen Entwicklungsstaat. In diesem bringen Planung und Investition Wachstum und Wachstum bringt Wohlstand. Die Vorstellung der Zivilgesellschaft, dass Demokratie eine Grundvoraussetzung für Entwicklung ist, teilt die Regierung dabei nicht. «Diese Regierung will einen Entwicklungsstaat, auch wenn sie dafür auf Demokratie verzichten müsste. Wir wollen hingegen einen demokratischen Entwicklungsstaat», so Muyambwa. Darum müssten jene Institutionen gestärkt werden, welche in der neuen Verfassung Zimbabwe vorgesehen sind, um die Rechte und Teilhabe aller an der Entwicklung zu sichern. Statt einer Entwicklung von oben, wie sie gegenwärtig von der ZANU PF geplant wird, muss die Mitsprache der Bevölkerung gestärkt werden. Zum Beispiel indem die unabhängigen Kommissionen zu Menschenrechten, nationaler Versöhnung oder auch zu Landfragen ihre Arbeit verrichten können. Oder dass sich die Regierung wenigstens die Mühe gibt, die von der Verfassung vorgesehenen Frauenquoten einzuhalten. Die Perspektive der Zivilgesellschaft geht weit über die kurze Phase der bisherigen Transformation hinaus. Es ist nicht selbstverständlich, dass die BürgerInnen wissen, wie man sich in Diskussionen und Prozesse einbringt, wie man Transparenz nicht nur verlangt, sondern auf der Grundlage solcher Informationen auch handeln kann.

Zur Etablierung der Demokratie im neuen Zimbabwe gehört für Muyambwa aber auch, dass die Wahlen nicht nur als frei und fair eingestuft werden, sondern auch ein glaubwürdiges Ergebnis bringen. Ein Ergebnis, das zeigt, dass die Menschen in grosser Zahl mitgewirkt haben und ein Wahlergebnis, das nicht bloss als Freipass für die Gewählten gesehen wird, sondern wo den Wahlversprechen auch Taten folgen.

Die Zivilgesellschaft: Themen-, statt Parteipolitik

Muyambwa sieht es denn auch als eine der wichtigsten Aufgaben und Chancen für eine starke Zivilgesellschaft, die KandidatInnen der Wahlen auf Themen zu verpflichten, welche der Bevölkerung wichtig sind. Angesichts einer Regierung, welche Anliegen aus der Zivilgesellschaft in ihren Diskurs aufgenommen hat und Willen zeigt, auf Forderungen der BürgerInnen einzugehen und angesichts der Schwäche der Opposition gibt es viel Raum für die Zivilgesellschaft, um ihre Themen ins Zentrum zu rücken. «Wir müssen lernen, wie man mit einer Regierung interagiert, die solche Versprechen macht, wie man Themen platziert und Transparenz und Rechenschaft durchsetzt.» Dabei geht es nicht darum, sich mit der Regierung ins Bett zu legen, aber um die Hebel einzusetzen, welche der Moment bietet: Dass die Regierung nämlich die Unterstützung der Menschen in der Zivilgesellschaft (und auch in der Diaspora) braucht,

um sich international zu legitimieren, aber auch, weil hier viel Wissen vorhanden ist, um das Land vorwärts zu bringen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in den letzten Jahren allerdings nicht stärker geworden. Schon unter der Regierung der Nationalen Einheit hatte die MDC die Themenführerschaft auf Kosten vieler NGOs übernommen und so wurde aus Bürgerengagement Regierungsmacht. Anschliessend büssten viele Organisationen ihre Finanzierungsbasis ein und der Konkurrenzkampf hat die Bewegungen zersplittert. Muyambwa betont, dass es der grösste Fehler für die Zivilgesellschaft wäre, jetzt alles auf die Karte der Brot- und Butterpolitik zu setzen. Solch eine kurzfristige Erfüllung der ökonomischen Träume würde den Investoren, die vor den Türen warten, nur die Möglichkeit geben, sich rücksichtslos an Zimbabwe zu bereichern. Im Gegenteil müsste die Zivilgesellschaft, so Muyambwa, ihre Vision einer breit abgestützten Entwicklung weiter verfolgen. Eine solche Vision haben einige tausend Menschen aus Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und



Bürgerbewegungen schon wenige Tage nach der Absetzung Mugabes als «National People's Convention Declaration» verabschiedet. Darin stehen Menschen- und Minderheitsrechte, nationale Versöhnung oder auch soziale und ökonomische Gerechtigkeit im Zentrum.

Neues Geld und Andrang der InvestorInnen?

Auf all diese Herausforderungen haben ausländische Direktinvestitionen einen Einfluss. Werden Investoren diese demokratische Entwicklung fördern oder stellen sie ein stabiles Investitionsklima, Steuervorteile und den unbeschränkten Zugang zu den zimbabwischen Arbeitskräften und Rohstoffen in den Vordergrund?

Die Regierung stellt bei ihrer Suche nach Direktinvestitionen die Offenheit und Stabilität Zimbabwes ganz in den Vordergrund. Man habe jetzt die schweren Zeiten überwunden, im Unterscheid zu Südafrika den Landreformprozess abgeschlossen, die Indigenisierungsdiskussion erledigt und biete darum Investitionssicherheit bis hin zur Kompensation enteigneter Farmer. Zudem hat Zimbabwe in den vergangenen Jahren das Arbeitsrecht bereits geschwächt und mit vielen Zugeständnissen und ökonomischen Sonderentwicklungszonen gezeigt, dass man zu Deals mit Einzelnen bereit ist. Unter diesen Voraussetzungen, erinnert Muyambwa,

sei es kein Automatismus, dass sich die Investoren, die kommen werden, um das Wohl der ZimbabwerInnen kümmern.

Der Ansatz der neuen Regierung scheint darauf bedacht zu sein, sich aus der einseitigen Abhängigkeit von China zu lösen. Die «Look East»-Politik und die Schuld der Sanktionen an allen Problemen thematisiert die neue Regierung nicht mehr. Muyambwa meint, die neue Regierung setze wahrscheinlich darauf, vorteilhaftere Bedingungen für Zimbabwe herauschlagen zu können, wenn mehr Investoren am Tisch sässen. Unter dem Vordenker Chris Mutsvanga, einem ehemaligen Botschafter in China, versuche man, private Investoren

an Land zu ziehen, um sich auch von den Bedingungen der internationalen Finanzinstitutionen zu lösen. Ob Zimbabwe tatsächlich in eine solch starke Verhandlungsposition kommen kann? Von einem Besuch in Brüssel kommend schien Darlington Muyambwa fast ein bisschen daran zu glauben. Und gleichzeitig zu fürchten, dass am Ende doch nur die Rohstoffe und das fruchtbare Land geplündert werden könnten. Raphael Albisser hatte in der WoZ darauf hingewiesen, dass Investoren keine Demokratie brauchen – gerade daraus ergebe sich, meinte Muyambwa, die Verantwortung der Zivilgesellschaft in Zimbabwe und in der Schweiz.

Die internationale Gemeinschaft und die zimbabwische Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft Zimbabwes sei darauf angewiesen, dass sich die internationale Gemeinschaft weiterhin dafür einsetze, dass die Verfassung Zimbabwes mit all den dort festgehaltenen Rechten zur Realität werde. Vielleicht gelte es auch, ab und zu die neue Regierung daran zu erinnern, dass die Sanktionen das Resultat der Menschenrechtsverletzungen waren und nicht (nur) der Enteignung weisser FarmerInnen geschuldet waren.

Vor allem müsse der Westen darauf drängen, dass Zimbabwe eine positive Transformation und nicht bloss

ein ökonomisches Wachstum anstrebe. Solches müsse dann auch überwacht werden. Und nicht zuletzt gebe es viel Know-How über demokratische Institutionen, an dem die Zivilgesellschaft aber auch der zimbabwische Staat ein grosses Interesse hätten. .

Dass sich die Zivilgesellschaft Zimbabwes in den letzten Jahrzehnten doch mehr mit den VertreterInnen des westlichen Wertekanons als mit den westlichen Multis auseinandersetzte, scheint die Sichtweise von Muyambwa beeinflusst zu haben. Während viele ZimbabwerInnen in den letzten Jahren eine sehr kritische Haltung gegenüber den chinesischen Investoren erlernt haben, erlebten sie die Politik der westlichen Multis und Investoren nur selten. Im Gegenteil haben sie sich auf UnterstützerInnen verlassen, welche den westlichen Wertekanon hoch hielten. Diesen vom Westen geschürten Hoffnungen müssen nun auch Taten folgen. Wir Gastgeber aus der Schweiz waren da etwas weniger zuversichtlich.

Dennoch endeten unsere Gespräche mit Darlington Muyambwa mit einem hoffnungsvolleren Blick auf

The New Zimbabwe through the Youths' Eyes

Tafadzwa Moyo

Having known only one president my entire life, the political change that came in Zimbabwe brought with it both excitement and a fear of the unknown. Like many Zimbabweans, I have always hoped that my country will rise again and become powerful on the continent. I did however know that for this to occur, a change in leadership was necessary. The unity displayed by ordinary citizens and the military forces only emphasized this idea. I remember watching the events in Zimbabwe unfold and wondering whether this shift in leadership would allow real and true change.

Many celebrated the resignation of Mugabe and rightfully so, however thoughts lingered in the back of my mind, like what now? Zimbabwe had her identity shaped by the lion of Africa ever since her independence, what would be her new identity? I also found myself wondering whether Mugabe had been replaced by someone whose ideologies were too similar to his. In the months that have followed his departure these questions have remained unanswered and real change is yet to be seen. I do understand that it is important to give those in power time to make improvements and implement their plans. However how much time is

Zimbabwe als wir erwartet hatten. Der Aufbruch und die Frühlingsgefühle waren zu spüren. Dazu kam der Enthusiasmus, dass man den Präsidenten kurz vor den Wahlen tatsächlich direkt ansprechen und zur Rechenschaft ziehen kann. Dass es gilt, diesen Enthusiasmus in die Zeit nach den Wahlen zu tragen, war die Kernbotschaft des Besuches. Es ist jetzt ein Moment, Lebenskräfte zu tanken und sich Fähigkeiten anzueignen, um in der Zeit nach den Wahlen demokratische Mitsprache durchzusetzen. Die Jungen, so Muyambwa, sind dafür besonders wichtig: es gilt, ihnen jetzt die Chance zu geben, sich in einem offenen Raum zu betätigen und zu lernen, wie man Transparenz und Rechenschaft einfordert.

(Basel, 27. April 2018. Marcel Dreier ist Geschäftsleiter von fepa. Wer sich an der Debatte über das neue Zimbabwe und darüber, wie wir die Rolle der Zivilgesellschaft solidarisch begleiten können, beteiligen möchte, kann sich bei marcel.dreier@fepafrika.ch melden.)

enough time? The ruling party has led Zimbabwe since independence and has in many aspects failed its citizens. Many Zimbabweans still lack basic necessities and find it difficult to make ends meet. Issues such as corruption and looting have only made the situation worse. Attempts have been made to crack down on these problems under the "new political dispensation". For example through naming and shaming some of those who have been involved. Efforts towards improving Zimbabwe's economy have also begun as Zimbabwe is said to be open for business. One can only hope that Zimbabweans will see tangible results.

Given the nature in which power was obtained by the current president. One can only contemplate whether the upcoming elections will be truly free and fair. Regardless of the outcome and whoever obtains power, there needs to be a new era in Zimbabwe. An era where those in power are held accountable for their actions, realize that they are there to serve the people and let go of power when the time comes. I can only hope that the situation improves and that Zimbabwe will be a peaceful and prosperous country once again.

(Harare, 28 April 2018)

Die Ungeduld ist spürbar – noch überwiegt die Hoffnung

Eindrücke von einer Reise im Februar und März

Eleonora Matara

Das erste „Wunder“ passierte bereits beim Immigration Officer. Freundlich, sogar kommunikativ, zu Spässen aufgelegt und absolut effizient. Weniger effizient war meine Reise. Anstelle von 20 Stunden wurden es 43 und das Gepäck kam erst fünf Tage später in Harare an (British Airways Schlamperei). Alle Rotlichter, vom Flughafen bis nach Waterfalls, funktionierten, und wo nicht, stand eine Verkehrspolizistin. Die Strassensperren waren ebenfalls wie durch ein Wunder verschwunden.

Die allgemeine Stimmung war sehr positiv, allerdings bereits mit ziemlichen Vorbehalten, vor allem bei den jungen Menschen, mit denen ich Kontakt hatte. Die Ungeduld war spürbar, doch überwiegt noch die

Hoffnung auf „gute Zeiten“. Im Bus, in Restaurants, im Park, überall wurde diskutiert. Angst war keine spürbar, aber der Stolz darauf, endlich offen sprechen zu können. Doch von vielen Jungen, angesprochen auf die Wahlen und ob sie sich registrieren liessen, bekam ich meistens nur ein Schulterzucken. So ganz glaubt wohl niemand an die freien und fairen Wahlen.

Das Leben ist extrem teuer.

Bei Gesprächen mit StrassenhändlerInnen oder auf dem Markt in Mbare wurde immer wieder erwähnt, dass meistens nicht mehr als ein Dollar pro Tag eingenommen wird. Doch bereits der Transport von der Location ins Zentrum kostet 50 Cent. Auf dem illegalen Markt

Jahresbeitrag 2018 *

Wir danken den Mitgliedern der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, die ihren Jahresbeitrag bereits bezahlt haben. Wir bitten jene, die noch keine Möglichkeit dazu gehabt haben, vom beiliegenden Einzahlungsschein Gebrauch zu machen. Besten Dank im Voraus.

- 30 Fr. für Einzelpersonen
- 50 Fr. für Familien
- 100 Fr. für Organisationen

Mit ihrem Beitrag ermöglichen sie es der Vereinigung, ihre Aktivitäten weiterzuführen und den Kontakt und Austausch zwischen SchweizerInnen und ZimbabweInnen zu fördern.

* All jene, die den Jahresbeitrag schon einbezahlt haben, können diese Aufforderung ignorieren.
If you have paid your annual fee, please ignore this request.

Annual Membership Fee 2018 *

We thank the members of the Swiss-Zimbabwean Friendship Association who have paid their annual membership fee. We kindly ask those who have not yet had an opportunity to do so to make use of the enclosed paying-in slip.

- 30 Swiss francs for individuals
- 50 Swiss francs for families
- 100 Swiss francs for collective members

With your contribution you enable the Association to continue with its activities and to enhance contacts and exchange between Swiss and Zimbabwean nationals.

In eigener Sache

Im letzten Rundbrief haben wir einen Hilferuf zur Verstärkung des Vorstandes veröffentlicht und mit einem Brief nachgestossen. Leider ohne Erfolg. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, an der nächsten Jahresversammlung den Antrag zu stellen, die Vereinigung Schweiz-Zimbabwe per Ende 2018 aufzulösen. Die Jahresversammlung findet am 6. Oktober in Zug statt. Das Datum haben wir so spät festgelegt, um über den Ausgang der Wahlen Bescheid zu wissen. Im November werden wir auch nochmals einen Rundbrief herausgeben.

Impressum:

Vereinigung Schweiz-Zimbabwe
Swiss-Zimbabwean Friendship Association
c/o J. Brogli, Bethlehemweg 10, 6405 Immensee
PC 40-16370-6
Redaktion: Gertrud Baud, Joe Brogli
Fotos (Marktszenen): Eleonora Matore
Layout: Joe Brogli, Gertrud Baud
Druck: Missionshaus Bethlehem Immensee
Versand: Joe Brogli
Rundbrief im Internet: www.afrikakomitee.ch/vereinigung-schweiz-zimbabwe

Unsere Quellen sind u. a.:

- www.zimbabwesituation.com
- www.eddiecross.com
- www.wozazimbabwe.org
- www.daily-news.co.za
- www.allafrica.com/zimbabwe
- www.thezimbabwean.co.uk
- www.kubatana.net